

Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.

www.ludendorff.info

An die Ratsmitglieder und
die Stadtverwaltung der Stadt

29683 Bad Fallingbostel

3.4.2008

Kopie: Gastronomie, Touristik, Kirche und Vereine von Dorfmark

Ihre geplante Resolution gegen die Tagungen unseres Vereines

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Bund für Gotterkenntnis Ludendorff e.V. veranstaltet in Dorfmark für seine Mitglieder und Freunde seit über 30 Jahren im Hotel „Deutsches Haus“ zu Ostern eine Tagung. Bisher gab es nie Probleme. Es lag auch nie in unserer Absicht, die Dorfmarker zu unseren Ansichten zu bekehren, aus diesem Grunde haben wir es bisher vermieden, uns an die Bevölkerung direkt zu wenden. Toleranz in Glaubens- und Weltanschauungsfragen ist uns oberstes Gebot. Aufgrund der Hetze sowohl gegen unseren Verein als auch gegen die Dorfmarker Bevölkerung sehen wir uns nun genötigt, einige Dinge richtig zustellen.

Wir bedauern zutiefst, daß Dorfmark aufgrund unsachlicher Berichterstattung über unseren Verein zum Ziel von Demonstrationen und Verleumdungen wurde. Hierbei wurden einzelne, abzulehnende Äußerungen von wenigen Personen als die allgemeine Meinung der Dorfmarker hingestellt, was in Wirklichkeit nicht stimmt. Damit soll Druck auf den Ort und seine Repräsentanten ausgeübt werden. Da es das offen erklärte Ziel der Antifa und Genossen ist, „die Ludendorffer“ aus Dorfmark zu verdrängen, heißt das nichts anderes, als daß diese Gruppierungen ein Grundrechte unserer Verfassung: das **Recht auf Versammlungsfreiheit** außer Kraft setzen wollen. Der Rat der Stadt Bad Fallingbostel beabsichtigt mit einer Resolution aufzurufen, daß extremistischen Gruppen keine Tagungsräume und Unterkünfte mehr zur Verfügung gestellt werden sollen. Das hieße im Klartext aber nichts anderes, als daß die Gäste einer **Gesinnungsprüfung** unterzogen werden müßten. Wäre in einem solchen Falle die Rechtsstaatlichkeit noch gewahrt?

Leider kam es - wie auch in den letzten Jahren - nicht zu einer sachlichen Demonstration. Im Gegenteil: mit Falschbehauptungen und tendenziöser Information werden **Feindbilder aufgebaut und Bürger aufeinander gehetzt**. Es wurde die totale Überwachung, die nicht einmal bei Schwerverbrechern erlaubt ist, mittels Video- und Fotoaufnahmen durch Journalisten praktiziert. Angeblich im Auftrag von Zeitungen und anderen Medien wurden auch Kinder und Jugendliche im ganzen Dorfgebiet mit Kameras verfolgt. Im letzten Jahr erwiderte ein Fotograf auf die Beschwerde eines Vaters sinngemäß: „Ja, kann ich verstehen, daß Ihr das nicht mögt, vor allem wenn die Kinder dann Nachteile in der Schule haben....“ Es scheint also um eine gezielte Datensammlung und öffentliche Überwachung von Personen zu gehen. Während es jedoch für den Staat ganz strenge Vorgaben zur Kamera-Überwachung gibt, dürfen Journalisten augenscheinlich diese Überwachung ohne Einschränkungen im öffentlich zugänglichen Raum durchführen. Die Bilder dürfen laut Gesetz zwar nicht veröffentlicht werden, werden aber trotzdem veröffentlicht. Warum nur wird von den Journalisten dagegen verstoßen? Insbesondere, da sie im letzten Jahr noch von der Polizei selbst auf die Rechtslage hingewiesen wurden? Der Zweck scheint klar: wenn eine abgebildete Person dagegen klagt, dient es der Datensammlung. Auf diese Weise kann mit Hilfe von Journalisten ganz legal eine Einzelüberwachung samt der Erstellung von Bewegungsbildern dieser Personen durchgeführt werden. George Orwell läßt grüßen!

Leider vermissen wir in der geplanten Resolution des Rates eine klare Ablehnung dieser Praktiken.

Unser Verein steht auf dem Boden des Grundgesetzes. Wir gestehen jedem zu, auf anständige Weise gegen uns zu demonstrieren. Das Vorgehen der Antifa und der anderen Initiatoren aber stimmt bedenklich.

Hatten wir das nicht schon mehrmals in der deutschen Geschichte? Wurden Andersdenkende nicht schon einmal diffamiert und versucht auszulöschen? Das hatte ein Wegsehen der Mehrheit bei der Verfolgung dieser Andersdenkenden und -seienden zur Folge. Ist es der richtige Weg, mit Andersdenkenden umzugehen? Waren nicht große Teile der Antifa in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion entstanden? Waren nicht eine Reihe der eifrigsten Antifaschisten jene gewesen, die unter der Naziherrschaft fanatisch und menschenverachtend nur zu ihrem Vorteil handelten, und nun unter der neuen Ideologie genauso fanatisch und menschenverachtend mit ihren Kameraden, die sich keiner Ideologie beugen wollten, umsprangen?

Es führt im Rahmen dieses Schriftstückes zu weit, auf alle Einzelheiten einzugehen. Eine ausführlichere Abhandlung zu diesem Thema finden Sie auf unserer Internetseite. Wer mit uns wirklich sachlich diskutieren (auch kritisch) möchte, sei auch auf unsere Internetseite sowie unsere **„Gegendarstellung“** verwiesen.

Steffen Hupka ist nicht Mitglied des BfG und hatte bei unseren Tagungen nie einen Büchertisch.

Wir hoffen mit unserem Schreiben zu einer sachlichen Klärung beigetragen zu haben. Wir wünschen, daß dem Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG) seine im Sinne des Artikels 137 Abs. 7 Weimarer Reichsverfassung und des Grundgesetzes Artikel 3, 3 und 4, 1 verankerten Rechte für die Zukunft nicht vorenthalten werden.

Nach **Artikel 3, 3**. **„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.“** ist der Versuch, uns an der Ausübung unserer Weltanschauung zu hindern, grundgesetzwidrig.

Wir hoffen, daß die Bevölkerung Dorfmarks „die Zivilcourage zeigt“, „aktiv gegen Ausgrenzung und für ein friedliches Zusammenleben einzutreten“ und sich „gegen diskriminierende und rassistische Äußerungen“ **auch uns gegenüber** verwahrt. Wir treten für unsere Versammlungsfreiheit in Dorfmark ein, solange die Dorfmarker uns weiterhin aufnehmen. Wenn erst einmal Freiheitsrechte einer Gruppe genommen werden, so kann sich das bald auch auf andere Bereiche erstrecken. Wir sollten doch aus unserer unseligen Vergangenheit gelernt haben.

Mit freiheitlichen Grüßen

Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.,
Dr. Gunther Duda, 1.Vorsitzender